



# UWG



## Aktiv für Mainhausen

[www.UWG-wählen.de](http://www.UWG-wählen.de)

Ausgabe 4  
März 2011

# SPD schenkt manroland Millionen !

## UWG lehnt Belohnung für Arbeitsplatzvernichtung ab !

Am Standort Mainhausen von manroland arbeiteten in den besten Zeiten 1200 Menschen. Mittlerweile hat der Großkonzern mit einem Jahresumsatz von 1,7 Milliarden € den Standort weitestgehend plattgemacht, derzeit arbeiten gerade noch ca. 100 Menschen dort. Einige Arbeitsplätze wurden verlagert, aber der größte Teil wurde komplett vernichtet, viele Menschen wurden arbeitslos. Bis 2015 will manroland den Standort für die wenigen verbliebenen Abteilungen noch nutzen, danach braucht man Mainhausen überhaupt nicht mehr. Der Konzern hat jetzt drei Möglichkeiten:

- Er versucht das Gelände an andere Gewerbetreibende zu verkaufen oder zu vermieten.
- Er lässt das Gelände brachliegen, hat aber Kosten für Sicherung und Unterhaltung.
- Er versucht die Gemeinde Mainhausen dazu zu bringen, den Flächennutzungsplan zu ändern, damit aus wertlosem Brachland wertvolles Bauland wird.

manroland hat sich natürlich für die lukrativste Möglichkeit entschieden. Anfang November 2010 stellte Bürgermeisterin Disser begeistert die Pläne der Hanauer Firma Terramag zur Entwicklung des Geländes vor, gleichzeitig



Jahrzehntelang fast so etwas wie ein Wahrzeichen für Mainhausen. Im Vordergrund übrigens eine normale Bushaltestelle, nicht die Luxusversion für 100.000 €

wurde bekannt, daß manroland in Offenbach weitere 300 Stellen vernichten will. Terramag ist übrigens ohne Auftrag der Gemeinde tätig geworden, inwieweit die Firma vertraglich mit manroland verbunden ist wurde zumindest den Gemeindevertretern bisher nicht mitgeteilt. Gemäß diesen Plänen würde nach Abzug der Investitionskosten (Abriß & Entsorgung durch manroland, Bau von Straßen, Kanalisation etc. durch die Gemeinde) ein Reingewinn von **7,6 Millionen €** übrig bleiben. Allerdings soll sich der Gewinn sehr ungleichmäßig verteilen:

- **7.000.000 € für manroland**
- **600.000 € für Mainhausen**

Wenn Frau Disser hierbei den Kostenrahmen genauso einhält wie bei anderen Baumaßnahmen unter ihrer Verantwortung (**Feuerwehrrhäuser !**) kann daraus schnell ein Millionenverlust für unsere Gemeinde werden. In der Sitzung der Gemeindevertretung am 1. März musste die Bürgermeisterin zugeben, daß sie bisher noch nicht mit manroland, sondern nur mit dem Zwischenhändler Terramag verhandelt hatte. **Statt dieses Versäumnis zu beheben nutzte die SPD die Erkrankung mehrerer Gemeindevertreter, um zusammen mit dem CDU-Abweichter Dievernich einen sogenannten "Betreuungsvertrag" mit Terramag durchzusetzen.**

Wie gut Frau Disser mit Firmen verhandeln kann zeigt sich daran, daß Terramag von Mainhausen 3% Provision kassiert. Bei einem vergleichbaren Projekt in Usingen (Taunus) gab sich die Firma mit 1,7% zufrieden. Mainhausen hat keinen Grund, auf ein Unternehmen, daß bei uns über 1000 Arbeitsplätze vernichtet hat besondere Rücksichten zu nehmen. Wir brauchen auch kein Mainhausen 21, die **UWG** fordert daher:

- **Bürgerbeteiligung schon zu Anfang dieses Projekts**
- **Klare und transparente Verträge mit manroland**
- **Gleiches Risiko und gleicher Gewinn für beide Partner**

Mit Ihrer Stimme am 27. März können Sie SPD-Geschenke an einen arbeitsplatzvernichtenden Großkonzern verhindern.

Darum:



# Wir reden nicht, wir tun was !

Sowohl SPD als auch CDU fordern in ihren Flugblättern die Errichtung eines "Skaterparks". Ursprünglich hatten 80 Jugendliche aus beiden Ortsteilen in einem Schreiben vom Dezember 2008 den Bau einer Halfpipe gefordert, erste Kostenschätzungen betragen 15.000 €.

Statt dieses Projekt zügig in Angriff zu nehmen wurde erst mal ein Standort gesucht. Da die Bürgermeisterin damit scheinbar überfordert ist wurde ein "Planungsbüro für Städtebau" beauftragt, einen geeigneten Standort zu finden. Auf den gefundenen Standort an der Zellhäuser Straße in Mainflingen neben der Tennishalle hätte die Bürgermeisterin auch selbst kommen können.

Das alles hat das Projekt natürlich verteuert (mittlerweile ist von bis zu 80.000 € die Rede) und verzögert, wann tatsächlich eine Halfpipe gebaut wird steht in den Sternen. Gleichzeitig verrotten die schon vorhandenen Freizeiteinrichtungen, man sehe sich nur mal den Bolzplatz in Mainflingen an der Zellhäuser Straße an.

**Die UWG-Fraktion hat beantragt, für die Instandsetzung des Platzes 20.000 € im Haushalt 2011 vorzusehen.**

Zu Redaktionsschluß stand die Entscheidung der Gemeindevertretung noch nicht fest, aber in den Ausschußsitzungen lehnten SPD und CDU die Instandsetzung des Platzes ab.

**Man sieht: Große Sprüche, nichts dahinter.**



In einem traurigen Zustand präsentiert sich der Bolzplatz an der Zellhäuser Straße in Mainflingen. An vielen Stellen zeigen sich große Löcher im Belag, dazu kommen noch starke Wellen, die ein ungefährdetes Spielen auf dem Platz fast unmöglich machen. **Wir brauchen keine halben Sachen, sondern vernünftig gepflegte Freizeiteinrichtungen !**

## Zur SPD / UWG-Kooperation

**Wie kam es zur Zusammenarbeit zwischen SPD und UWG ?**

Nach der Kommunalwahl 2006 kam die SPD auf die beiden neu gewählten **UWG**-Gemeindevertreter Manfred Stolz und Michael Stirnweiß zu und bot eine Zusammenarbeit an.

Da es keine klare Mehrheit gab waren die beiden auch bereit, Verantwortung für die Gemeinde zu übernehmen.

**Was war das Ziel dieser Zusammenarbeit ?**

Im sogenannten Kooperationsvertrag wurde festgelegt, was bis zum Ende der Wahlperiode gemeinsam erreicht werden soll. Zu diesen Zielen steht die **UWG** auch weiterhin, daher werden wir den Vertrag auf unserer Internetseite veröffentlichen, damit sich jeder selbst ein Bild machen kann.

**Warum wurde die Zusammenarbeit beendet ?**

Es wurde schnell klar, daß für die SPD der Kooperationsvertrag keine große Bedeutung hat. Für die SPD waren die Personalentscheidungen zu Beginn der Wahlperiode wichtig, danach waren die beiden **UWG**-Abgeordneten entbehrlich geworden. Nach verschiedenen Vorgängen die mit dem Kooperationsvertrag nicht vereinbar waren mußte die **UWG** schon aus Selbstachtung die Kooperation auch offiziell beenden.

**Kann es eine Neuauflage der Kooperation mit der SPD geben ?**

Dann müßte die SPD ihr Verhalten deutlich ändern. Man hatte oft den Eindruck, die Polit-Profis und Berufspolitiker der SPD waren nicht an einer Zusammenarbeit interessiert, vielmehr suchten sie Mehrheitsbeschaffer und kritiklose Befehlsempfänger.

**V.i.S.d.P.:**

**UWG Mainhausen**  
Manfred Stolz  
Hauptstraße 53

Im Gegensatz zu den Parteien bekommt die UWG keine Steuergelder aus der staatlichen Parteienfinanzierung. Dieses Flugblatt wurde ausschließlich aus privaten Mitteln finanziert.

## Für eine gerechte Straßenbeitragsatzung !

Als einzige Fraktion hat die **UWG** von Anfang an die Interessen der Bürgerinitiative "Kanal. Wasser. Straße" unterstützt.

Zur Gründung der Bürgerinitiative kam es, weil die Abrechnung nach der alten Straßenbeitragsatzung ungerecht war und SPD-Bürgermeisterin Disser den Anliegern in Mainflingen eine falsche Kostenhöhe zum Anliegeranteil an den Straßenkosten nannte. Nach Fertigstellung der Maßnahme wurde es für die Anlieger doppelt bis dreimal so teuer wie vorher angekündigt.

Der Preisunterschied schwankte von Straße zu Straße im vierstelligen Bereich. Deshalb hat die Gemeindevertretung beschlossen, die Straßenbeitragsatzung rückwirkend auch auf die schon fertiggestellten Maßnahmen in Mainflingen anzuwenden. Dieser Beschluß wurde von der SPD geführten Verwaltung bis heute nicht umgesetzt.

Als Begründung wird der Widerspruch des CDU-Landrates Quilling gegen die neue Straßenbeitragsatzung heran gezogen, begründet wurde der Widerspruch allerdings nicht.

Im Wahlprogramm der CDU Mainhausen wird allerdings der wahre Grund genannt:

Zitat: ".....Nach Umsetzung des neuen Landesrechtes werden wir die Umwandlung der Straßenbeitragsgebühren in eine gerechte Straßengebühr ausarbeiten. Dabei würden Straßensanierungen zukünftig nach der neuen pauschal ermittelten Gebühr abgerechnet. Damit erreichen wir konstante und planbare Kosten für alle Bürgerinnen und Bürger."

Das heißt, die Mainflinger werden noch mal zur Kasse gebeten, und der einmalige Straßenbeitrag der nur bei einer kompletten Erneuerung des Straßenbelages mit Unterbau erhoben wurde entfällt. Dafür wird dann eine pauschale monatliche Straßengebühr von allen Bürgern erhoben. In dieser pauschalen Gebühr werden zusätzlich dann auch die Kosten für Sanierungsarbeiten (Schlaglöcher) enthalten sein. Diese wurden bisher aus Steuermitteln finanziert.

**Die UWG lehnt die Einführung der Straßengebühr ab und fordert die Verwaltung auf, die Beschlüsse zur Straßenbeitragsatzung endlich umzusetzen !**